

Neujahrsansprache des Landrates am 06. Januar 2013 um 11.00 Uhr

Anrede,

Vertreter aus **Politik, Kirche, Wirtschaft, Vereinen, Sozialverbänden, Behörden, Institutionen, Militär und Presse heute zugegen sind.**

Ich heiÙe Sie alle sehr herzlich willkommen!

Wie Sie sehen und soeben auch gehört haben: wir sind heute an einem besonderen Ort!

Bei vielen von Ihnen werden bei den Klängen der Chor und Musikgruppe der NEW Erinnerungen wach an den Neujahrsempfang 2003.

Damals durften wir Sie in Ülpnich hören und bereits damals haben wir die Freude in Ihren Augen lesen können.

Sie machen Musik, Musik macht Freude und zwar nicht nur denen, die aktiv dabei sind, sondern auch und vor allem denen, die zuhören.

Vielen Dank meine lieben Musikerinnen und Musiker für die Freude, die Sie uns auch heute wieder bereitet haben und gleich noch bereiten werden.

Man könnte meinen, wir von der KV hätten im Jahre unseres 40 sten Geburtstages unser Kreishaus zu Genüge dargestellt und wir wollten mal einen Tapetenwechsel!

Vielen Dank der Fa. EuLog und den NEW (Herrn Stein) dafür, dass Sie uns wieder, wie vor 10 Jahren, einen besonderen Ort für den Neujahrsempfang zur Verfügung stellen.

Warum dies gerade im Jahr 2013 für die Euskirchener KV ein besonderer Ort ist, darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Meine Damen und Herren,

ein ereignisreiches Jahr liegt wieder hinter uns.

Wie alle anderen Jahre zuvor war es ein Jahr mit vielen Höhen und natürlich auch manchen Tiefen

Dementsprechend denkt man zwar grundsätzlich wehmütig, weil man ja auch selber wieder ein Jahr älter geworden ist, aber insgesamt mit gemischten Gefühlen an dieses Jahr zurück.

Der 40 ste Geburtstag unseres Kreises zieht sich wie ein roter Faden durch das vergangene Jahr.

Auf unterschiedliche Weise haben wir der Kreisgründung und der letzten 40 Jahre Kreisgeschichte gedacht.

Begonnen hat das Gedenken an das Geburtstagsjahr mit dem letztjährigen Neujahrsempfang.

Nicht erst zu diesem Anlass, aber besonders in so emotionalen Momenten macht man sich neben der Vergangenheit auch und besonders Gedanken über die Zukunft des Kreises.

Die Herausforderungen werden nicht leichter!

Aber wenn man sich die Geschichte vergegenwärtigt, dann erkennt man schnell, dass unser Kreis schon immer vor Herausforderungen gestanden hat und sie in den meisten Fällen gemeistert hat.

Die Medienberichte sind voller Probleme und Herausforderungen: Die europäische Finanzkrise scheint zwar auf den ersten Blick weit weg von den kommunalen Haushalten.

Aber egal wohin man schaut, ob in den Bund, ins Land, in die Kommunen: überall sieht man Schulden, Überschuldung, Nothaushalte, Haushaltssicherungskonzepte etc.

Und egal wohin man geht, des Rätsels Lösung heißt sparen, sparen und nochmals sparen!

Ich will das gar nicht negativ bewerten und bin auch dem Argument des fürsorglichen Familienvaters oder des Familienunternehmers aufgeschlossen, der niemals mehr ausgegeben wird, als er hat!

Aber: Die Verhältnisse, mit denen wir als öffentliche Hand zu tun haben, sind besonders gelagert und daher auch nicht eins zu eins auf die soliden Haushaltsverhältnisse des Familienoberhauptes zu übertragen.

Wir haben Pflichtaufgaben zu erfüllen; diese werden uns gesetzlich vorgeschrieben.

Wir müssen an freiwilligen Ausgaben sparen; das gebietet uns die Politik.

Vor allem haben wir aber ein Personalausgabeneinsparungskonzept zu befolgen, welches jeden Familienvater, oder aber einen besonnenen Familienunternehmer in der Privatwirtschaft die Sorgenfalten auf die Stirne treiben würde.

Denn hier muss teilweise am Personal gespart werden, ohne dass die Aufgaben weniger werden.

Die gleiche Arbeit muss also von weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getan werden.

Dass dies teilweise auf Kosten der Gesundheit der Menschen gehen kann, ist in Zeiten, in denen das Thema "Burnout" allgegenwärtig ist, kein Geheimnis mehr.

Der Sparzwang dient natürlich neben der Sanierung der Haushalte nur dem einen Zweck und da sind wir wieder beim Familienvater: Dem Schutz der nachfolgenden Generationen!

Und mit dem Schutz nachfolgender Generationen bin ich bei einem Stichwort angelangt, was sich durch sämtliches politisches und verwaltungsmäßiges Handeln zieht oder ziehen sollte.

Die Diskussion über den U 3 Ausbau, die Schulentwicklungsplanung, die Jugendarbeit in ihren unterschiedlichsten Formen, das ganze Verwaltungs- und politische Handeln zielt darauf ab, etwas für die Zukunft unserer Gesellschaft zu tun, nämlich für unsere jungen Menschen!

Ihnen allen ist wohlbekannt, dass die Zahl junger Menschen nicht nur, aber besonders auch in unserem Kreis, stark abnimmt.

Gleichzeitig steigt die Zahl der älteren Menschen rapide an.

Der demografische Wandel ist in vollem Gange und so langsam aber sicher wirkt er sich auf die gesellschaftlichen Strukturen und damit auch auf die kommunalen Kassen aber auch auf die privaten Haushalte aus.

Die Rente mit 67, der Fachkräftemangel, die besondere Betreuung von Kindern unter 3 Jahren, Schließung und Zusammenlegung von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, das Versicherungswesen mit Kranken- und Pflegeversicherungen.

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Und wie ich eingangs sagte, die Herausforderungen werden nicht weniger oder leichter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

2013 ist das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger.

Es scheint als wolle die EU etwas von der zuteil gewordenen Ehre des Nobelpreises an die Menschen zurückgeben.

Wir alle sind folglich so etwas wie kleine Nobelpreisträger!

Sinn und Zweck dieses Jahresmottos ist, dass jedem einzelnen Bürger vor Augen geführt werden soll, was seine Rechte sind und auf diese Weise auch aufzeigen, welche Chancen sich für den einzelnen Bürger in seiner Zugehörigkeit zum Staatenverbund EU ergeben.

In Zeiten, in denen heftig über den Euro und die EU im Allgemeinen gestritten wird, halte ich das für eine sinnvolle Herangehensweise.

In einer zusammenwachsenden Welt und einem zusammenwachsenden Europa werden die Regionen in Zukunft eine größere Rolle spielen.

Daher halte ich es als Landrat des Kreises Euskirchen für angebracht, den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises vor Augen zu führen, welche Chancen und Möglichkeiten **sie** im Kreis Euskirchen haben.

Wir als Kreisverwaltung haben uns auf ein Schwerpunktthema für 2013 festgelegt: Integration und Inklusion!

Unter Integration versteht man im übertragenen, soziologischen Sinne den Einbezug von Menschen, die aus den verschiedensten Gründen bisher ausgeschlossen waren.

Inklusion bedeutet etwas beinhalten, einschließen, umfassen.

Unabhängig davon, welches pädagogische oder soziale Modell hinter den beiden Begriffen steht, so geht es doch in beiden Modellen darum, die Eigenheiten eines jeden Menschen zu respektieren und ihn konkret mit diesen Eigenheiten in ein Ganzes einzubinden.

Niemand soll aufgrund einer besonderen Eigenart, beziehe sie sich aufs Äußere oder aber auf die geistigen und psychischen Eigen- und Fähigkeiten ausgeschlossen sein!

Wir leben in einer immer bunter werdenden Gesellschaft.

In den ländlichen Regionen bemerken wir das noch nicht so stark wie in den Großstädten.

In Berlin oder Köln zum Beispiel liegt der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund mittlerweile bei je einem Drittel der Gesamtbevölkerung.

Die kommunale Integrationspolitik wird maßgeblich von Elementen wie dem neuen Zuwanderungsgesetz oder dem nationalen Integrationsplan beeinflusst.

Immer deutlicher tritt aus Sicht der Kommunen aber in den Vordergrund, dass sich hinter den Migrantinnen und Migranten enorme Potentiale verbergen, die dringend benötigt werden.

Es geht aus kommunaler Sicht daher nicht mehr nur darum, ein bestimmte Bevölkerungsgruppe in die Gesellschaft zu integrieren, sondern um die Zukunftschancen der gesamten Kommune!

Damit erweitern sich nicht nur die Perspektiven, sondern es erweitert sich auch die potentielle Trägerschaft einer aktiven Integrationspolitik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Bevölkerung in Deutschland schrumpft.

In einigen Regionen, vor allem im Nordosten der Republik schrumpft die Bevölkerung sogar rapide.

Es gilt darum, gesellschaftliche Realitäten anzuerkennen und an einer Verbesserung zu arbeiten.

Eine solche Realität ist, dass neben anderen Faktoren auch gezielte Zuwanderung aus europäischen, aber auch außereuropäischen Staaten unser demografisches Problem nicht lösen, aber vielleicht abmildern kann.

Dazu bedarf es natürlich neben staatlichen Hilfsmaßnahmen wie Werbung, Integrationskursen, Sprachkursen etc. auch einer Bevölkerung, die Fremde akzeptiert.

Entschieden entgetreten sollte man daher rechtsextremen Strömungen, die den Eindruck vermitteln, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland nicht willkommen wären.

Die rassistische Sichtweise, dass nämlich bestimmte Menschen aufgrund ihrer Rasse oder Religion weniger wert wären als andere, ist nicht nur menschenverachtend, sondern auch dumm.

Wie sehr wir als Gesellschaft wie auch als einzelne Individuen, gerade wir im Rheinland in und um Köln von der Integration von Migranten profitiert haben und noch profitieren, verdeutlicht folgende Geschichte aus Carl Zuckmeyers "Des Teufels General".

Die Geschichte spielt im 2. Weltkrieg.

Darin kommt es zu der Szene, als sich der Fliegerleutnant Hartmann wegen einer Unerforschbarkeit der Herkunft seiner Großmutter Sorgen um die eigene Zukunft macht; seine Großmutter stammt nämlich aus dem Rheinland.

Diese Sorge äußert er im angetrunkenen Zustand gegenüber dem General Harras.

Ich möchte an dieser Stelle den Text nicht selbst zitieren, sondern jemanden sprechen lassen, der trotz oder gerade wegen seiner kroatischen Wurzeln aber dennoch als Urrheinländer oder Kölner angesehen wird:

Millowitsch: "Was nicht schon so alles vorgekommen sein kann, in einer alten Familie.

Vom Rhein noch dazu.

Von der großen Völkermühle.

Von der Kelter Europas! Und jetzt stellen Sie sich doch mal Ihre Ahnenreihe vor – seit Christi Geburt.

Da war ein römischer Feldhauptmann, ein schwarzer Kerl, braun wie ne reife Olive, der hat einem blonden Mädchen Latein beigebracht.

Und dann kam ein jüdischer Gewürzhändler in die Familie, das war ein ernster Mensch, der ist noch vor der Heirat Christ geworden und hat die katholische Haustradition begründet.

– Und dann kam ein griechischer Arzt dazu, oder ein keltischer Legionär, ein Graubündner Landsknecht, ein schwedischer Reiter, ein Soldat Napoleons, ein desertierter Kosak, ein Schwarzwälder Flözer, ein wandernder Müllerbursch vom Elsaß, ein dicker Schiffer aus Holland, ein Magyar, ein Pandur, ein Offizier aus Wien, ein französischer Schauspieler, ein böhmischer Musikant – das hat alles am Rhein gelebt, gerauft, gesoffen und gesungen und Kinder gezeugt – und – und der Goethe, der kam aus demselben Topf, und der Beethoven und der Gutenberg, und der Matthias Grünewald, und – ach was, schau im Lexikon nach.

Es waren die Besten, mein Lieber!

Die Besten der Welt!

Und warum? Weil sich die Völker dort vermischt haben.

Vermischt – wie die Wasser aus Quellen und Bächen und Flüssen, damit sie zu einem großen, lebendigen Strom zusammenrinnen.

Vom Rhein – das heißt: vom Abendland.

Das ist natürlicher Adel.

Das ist Rasse.

Seien Sie stolz darauf,

Meine Damen und Herren,

wir hätten wenige Menschen finden können, die dieses Zitat aus Zuckmayers Werk authentischer hätten sprechen können.

Haben sich doch auch seine Eltern, er selbst und seine Kinder so ins Rheinland integriert, so eingemischt und vermischt, dass man nicht mehr glauben mag, dass seine Wurzeln in Osteuropa liegen.

Dieses Vermischen funktioniert aber nur, wenn integrationswillige Migranten auf eine interessierte, offene, einladende Gesellschaft treffen.

Das ist häufig eine Charakterfrage des jeweils handelnden Menschen.

Erzwingen kann man sie staatlicherseits nicht.

Aber unter die Arme greifen kann man an der ein- oder anderen Stelle.

Der Kreis Euskirchen hat genau aus diesem Grund ein Integrationskonzept erstellt.

Dieses setzt sich im Wesentlichen zusammen aus den Erkenntnissen des Demografieprozesses und den daraus folgenden Handlungsempfehlungen.

Das Konzept soll dazu beitragen, dass die über 10.000 Mitbürger ausländischer Herkunft im Kreis Euskirchen bessere Bildungsmöglichkeiten und damit auch Berufsaussichten haben, die soziale Lage der Migrantinnen und Migranten verbessert wird und die Eingliederung in Strukturen der einheimischen Gesellschaft besser gelingt.

Hierzu werden auf sechs Handlungsfeldern deutliche Schwerpunkte gesetzt und die Schlüsselthemen der Integration aufgegriffen.

Das sind "Interkulturelle Öffnung", "Bildung", "Ausbildung und Beruf", "Sprache", "Gesundheit" sowie "Kultur, Sport und Freizeit".

Ich möchte mich auf drei dieser Felder beschränken und beginne mit der Sprache:

Sie ist das Bindeglied zwischen den Menschen.

Sie macht das Zusammenleben erst möglich.

Sprache ist der Grundstock für Integration und für den beruflichen Erfolg, der sich Gott sei Dank mittlerweile bei immer mehr Migranten einstellt, wie wir eben auf der Chart sehen konnten.

Die Bläck Fööss haben es in ihrem Lied "unsere Stammbaum" so ausgedrückt "su simmer all, he hin jekumme, mir sprechen hück all die selve Sproch"!

Meine Damen und Herren, das sagt doch schon alles.

Egal woher man kommt, solange dieselbe Sprache gesprochen wird, verlieren kulturelle, religiöse und anerzogene Unterschiede an Bedeutung.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für alle weiteren Handlungsfelder.

Bereits das Kleinkindalter kann entscheidend sein für die späteren Bildungschancen.

Eine entscheidende Rolle dabei spielen die Eltern.

Sie können das Erlernen der Sprache frühzeitig fördern und mit Hilfe kompetenter Netzwerke unterstützen.

Die Programme "Rucksack" und "Griffbereit" sehen vor, durch geschultes Kita Personal den Kontakt zu den Eltern von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren herzustellen.

Die wöchentlich stattfindenden Gruppen werden von einer von der KiTa geschulten Mutter mit Migrationshintergrund geleitet.

Hierdurch wird das kulturelle und gesellschaftliche Wissen der Migrantinnen gewürdigt; ein Dialog beginnt.

Anliegen und Ziel des Kreises Euskirchen ist es, ein flächendeckendes, gut erreichbares und transparentes Angebot der durchgängigen Sprachförderung für alle Alters- und Zielgruppen zu erreichen.

Eine besondere Rolle für die Vermittlung von Kontakten zwischen Eltern und Erziehern kommt auch den sog. Stadtteilmüttern oder Stadtteilv Vätern zu.

Dabei handelt es sich um ~~arbeitslose~~ Männer und Frauen mit Migrationshintergrund, die als Lotsen und Ansprechpartner in Gegenden mit sozial benachteiligten Menschen ausgebildet werden.

Sie begleiten und unterstützen ausländische Familien bei Fragen zu Ausbildung, Arbeit, Erziehung und Gesundheit.

Diese Stadtteilmütter und -väter spielen auch bei den folgenden Handlungsfeldern eine große Rolle.

Bei der Bildungs- und Berufsfrage und zum anderen bei der Frage des Freizeitengagements.

Beide Handlungsfelder habe ich neben der Sprache als besondere Bereiche ausgewählt, die für das Thema Integration eine Rolle spielen.

Kinder aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte haben leider immer noch zu häufig besondere Herausforderungen in ihren Bildungsverläufen zu bewältigen (~~problematische Bildungsverläufe.~~)

Ziel des Kreises ist es, diesen Kindern so früh wie möglich positive Zugänge zum Thema Bildung zu verschaffen.

Ausländische Kinder unter 4 Jahren sind bundesweit unterdurchschnittlich in Kitas zu finden.

Es ist jedoch erwiesen, dass ein möglichst früher Besuch von Kindertagesstätten den Erwerb der deutschen Sprache positiv beeinflusst.

Auch hier ist es vorrangiges Ziel, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Eltern der Kinder anzustreben.

Sowohl im Rahmen der Babybegrüßungsbesuche oder aber über die erwähnten Stadtteilmütter oder -väter könnte dies gelingen.

Auch eine Vernetzung mit Migranteninitiativen vor Ort (z.B. türkisch islamische Gemeinde, Integrationsrat, kirchliche und andere religiöse Gemeinschaften etc.) kann diesem Ziel zuträglich sein.

Bei Schulkindern könnte man die Bedeutung von Bildung durch die Förderung der Mehrsprachigkeit oder innovative Projekte zur kulturellen Bildung wie beispielsweise das Friedensfest in Euskirchen hervorheben.

Die Kinder und Jugendlichen setzen die vielfältigen Kulturen und Sprachen auf diese Weise in eine positive Beziehung zueinander und begreifen sie nicht als Trennung, sondern als Chance.

Die Eltern sollen mehr in den Schulalltag der Kinder einbezogen werden.

Ebenso könnten ehrenamtlich tätige Migrantinnen und Migranten als Werber in die Schulen gehen und Perspektiven aus eigener Erfahrung aufzeigen.

Auch was die beruflichen **Perspektiven** im Arbeitsalltag angeht, besteht Handlungsbedarf.

Unternehmer aus dem Kreisgebiet müssen beraten werden, ob und dass geeignete Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund als qualifizierte Ausbildungskräfte zur Verfügung stehen.

Die berufliche **Orientierung** der jungen Migrantinnen und Migranten muss verbessert werden.

Dies gelingt durch Projekte im Übergangsmanagement Schule/Beruf durch eine Potentialanalyse für alle Schüler ab der Stufe 8.

Auch Job- oder Bildungsbörsen speziell für Migranten sind ein Mittel, den Jugendlichen bei der beruflichen Orientierung unter die Arme zu greifen.

Meine Damen und Herren,

eine besondere Rolle für die Integration kommt den organisierten Vereinen, den Brauchtums- und den Sportvereinen zu.

Kürzlich sah ich auf einem Schützenfest einen offensichtlich indischstämmigen jungen Mann in einer grünen Schützenuniform beim Singen heimischer Lieder.

Da ging mir das Herz auf!

Aber Brauchtumsvereine sind schon ein ziemlich großer Schritt.

Gehen wir zunächst einmal von einem Sportverein aus.

Sport verbindet und fördert das Miteinander.

Das gemeinsame Sporterlebnis bietet Gelegenheit, den anderen besser kennen zu lernen, Vorurteile abzubauen, und Verständnis zu entwickeln.

Ein Ziel der Aktivitäten im Kreis Euskirchen ist es, den Sport als Integrationsmotor zu nutzen.

Nach Schätzungen sind es derzeit etwa 5 - 10 %, die in Sportvereinen organisiert sind.

Vergleicht man diese Zahl mit den 30 % der einheimischen Menschen, dann wird der enorme Unterschied deutlich.

Um hier Abhilfe zu schaffen, ist es neben dem Kontakt zu den Eltern auch besonders wichtig, Netzwerke mit den Partnern innerhalb und außerhalb der Bereiche Sport, Kultur und Freizeit zu bilden.

Ideal wäre es zum Beispiel, wenn man Übungsleiter mit Migrationshintergrund in einen Sportverein ziehen könnte.

Das hätte gewiss eine hohe Multiplikationswirkung.

Meine Damen und Herren,

sie sehen: zahlreiche Probleme, Chancen und Möglichkeiten zum weiten Thema Integration haben wir gehört.

So viel zur Theorie.

Aber angesichts der klammen Kassen, wer kann und wie soll die Theorie in die Praxis umgesetzt werden?

Eine mögliche Antwort hat die Landesregierung mit der Verabschiedung des Bildungs- und Teilhabegesetzes gegeben.

Dort werden die Grundlagen für die Einrichtung der kommunalen Integrationszentren gelegt.

Die Kommunalen Integrationszentren sollen die kreisfreien Städte und die Kreise in Nordrhein-Westfalen bei der Integration von Zuwanderern unterstützen.

Die Mitarbeiter dieser Zentren sollen sich mit den zuständigen Verwaltungsfacheinheiten, den freien Trägern und den Migrantenorganisationen vernetzen.

Angebote und Nachfrage im Bereich Integration sollen transparent ausgearbeitet und dargestellt werden.

Die Schulen und die anderen Bildungseinrichtungen, Kitas sowie regionale Organisationen und Einrichtungen sollen unterstützt werden.

Zu diesem Zweck stellt das Land auf Antrag der Kreise 5,5 Vollzeitkräfte zur Verfügung, die zu 100 % landesfinanziert sind und aus besonders ausgebildeten Pädagogen und Verwaltungskräften bestehen.

Meine Damen und Herren,

wie sind uns, glaube ich, einig: Um das Thema weitreichend und sinnvoll zu bearbeiten ist es angezeigt, dass die in der Integrationsarbeit Tätigen zusammen arbeiten.

Damit meine ich die freien Träger, die Schulen und anderen Bildungsstätten, die Arbeitsagenturen, die Jobcenter, Sport und Kulturvereine, die Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, Migrantenorganisationen, ehrenamtliche Bürgerinitiativen und Verwaltungen.

Mit den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IZ's haben wir demnächst als Kreisverwaltung kompetente Ansprechpartner in allen Fragen der Integration.

Bei regelmäßigen Netzwerktreffen, die den Workshops der Demografieinitiative nachempfunden sind, können Erfahrungen ausgetauscht und das gemeinsame Handeln abgestimmt werden.

Ich hoffe, dass wir auf diese Weise einen Beitrag dazu leisten, dass die Menschen unterschiedlicher Herkunft im Kreis Euskirchen zu einander finden.

Getreu unserem neuen und dem alten Slogan des Kreises soll die Integration im Kreis Euskirchen, ein Grund mehr sein, sich wohlfühlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wer in den letzten Wochen und Monaten die Zeitungen gelesen hat und besonders auch den regionalen Teil dem wird aufgefallen sein, dass das Thema Schule und Schulentwicklung besonders häufig behandelt wurden.

Überschriften wie "Grundschule Füssenich droht das Aus" oder "Einsatz für die Stephanusschule" oder "Realschule langfristig gefährdet" sind nur einige wenige Überschriften, die aber alle dieselbe Sprache sprechen:

Der demografische Wandel ist in den Schulen angekommen.

Die Schülerzahlen gehen kontinuierlich in allen Bereichen zurück, von der Primärschule über die weiterführenden Schulen.

Diese Tatsachen machen eine kreisweite Schulentwicklung erforderlicher und drängender denn je.

Aber nicht allein auf dem Gebiet der Regelschulen besteht Handlungsbedarf.

Der Kreis ist Träger von drei Förderschulen.

Daneben gibt es im Kreisgebiet noch 9 weitere Förderschulen in kommunaler oder privater Trägerschaft.

Neben dem demografischen Wandel ist deren Fortbestand auch wesentlich von den Plänen der Landesregierung zur inklusiven Beschulung betroffen.

Die Landesregierung hat ihre Pläne für 2013 zwar zurückgezogen was die Umsetzung des Schulrechtsänderungsgesetzes und die Mindestgröße von Förderschulen angeht, aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

Spätestens 2014 ist daher damit zu rechnen, dass sich bei der Förderschullandschaft etwas bewegt,

Nach den derzeitigen Plänen der Landesregierung, müssen diejenigen Verbundschulen, die die Anzahl von 144 Schülerinnen und Schülern nicht erreichen, im dann folgenden Jahr schließen

Man braucht kein Hellseher zu sein, um sich vorzustellen, dass Umsetzung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes mit seiner Idee der Inklusion erhebliche Auswirkungen auf die betroffenen Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige, auf das Lehrpersonal und die Schullandschaft überhaupt haben wird.

Seit dem Jahr 2009 ist in Deutschland die UN Behindertenrechtskonvention in Kraft.

Gemäß Art. 24 Abs. 1 dieser Konvention anerkennen die Vertragsstaaten das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung.

Um dieses Recht auch zu verwirklichen "gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem".

In Abs. 2 heißt es, dass die Vertragsstaaten sicherstellen, dass "Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund ihrer Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden".

Wie wir gleich noch sehen werden, ist der Inklusionsgedanke wesentlich weiter zu verstehen als ausschließlich auf die Situation von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung.

Er beginnt auch wesentlich früher und bezieht sich nämlich bereits auf Menschen im Kindergartenalter und zieht sich bis ins hohe Alter fort.

Doch zurück zur schulischen Inklusion:

Die Ziele der Landesregierung werden, so denke ich, aus dem Wortlaut der UN Konvention bereits deutlich.

Die Behinderung soll nach Möglichkeit kein lebenslanges Stigma für die betroffenen Menschen sein, sondern grundsätzlich sollten die gleichen Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen wie für Menschen ohne Behinderung.

Das beinhaltet natürlich die Möglichkeit, auch gemeinsam unterrichtet und gebildet zu werden.

Gemeinsamer Unterricht soll in allen Schulformen angeboten werden.

Bereits in den Grundschulen sollen durch die schulische Inklusion Gemeinsamkeiten gefördert anstatt Unterschiede betont werden.

Natürlich, so werden viele von Ihnen jetzt sagen, wie soll das funktionieren?

Es haben doch nicht alle Kinder die gleichen Grundvoraussetzungen und ist überhaupt das Lehrpersonal der Regelschulen für die anstehenden Aufgaben ausgebildet?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das sind sicherlich berechtigte Fragen, die man nicht einfach beiseite schieben kann und die genauen Antworten auf diese Fragen kann ich Ihnen auch nicht geben.

Aber eines ist doch klar: Wenn es Möglichkeiten gibt, das Zusammenleben mit Menschen mit Behinderungen zu normalisieren, dürfen wir nichts unversucht lassen.

Darüber hinaus werden zahlreiche Kompetenzen behinderter Menschen ungenutzt verschwendet weil sie in Schulzeiten nie entdeckt worden sind.

Auch dass wirkt sich später auf dem Arbeitsmarkt gravierend aus.

So sind beispielsweise im Kreis Euskirchen derzeit 385 Menschen mit Schwerbehinderungen als arbeitslos registriert.

In NRW ist die Zahl der Arbeitslosen insgesamt in den letzten zwei Jahren um 14 % gesunken.

Die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen im gleichen Zeitraum ist jedoch unverändert geblieben.

Ich bin überzeugt davon, dass man mehr Schwerbehinderte einstellen würde, wenn deren Potentiale besser dargestellt würden.

Diese Potentiale würden eher entdeckt, wenn man die Menschen auch gleich beschulen würde.

Und diese Aufgabe, nämlich das Entdecken individueller Potentiale haben die Schulen zu bewältigen.

Meine Damen und Herren,

wie Sie vielleicht Anfang Dezember der Lokalzeitung entnommen haben, sind wir bezüglich der Inklusion von Menschen mit Behinderungen bei der Fa EuLOG bestens aufgehoben.

Die Fa. EuLOg beweist im beruflichen Bereich, dass sich Menschen mit den unterschiedlichen Behinderungen bestens integrieren lassen und sich beruflich bewähren.

Und zwar auch in direkter Konkurrenz zu anderen Unternehmen, die keine oder nur wenige Menschen mit Behinderungen beschäftigen.

Ich kann mir vorstellen, und das wird von Ihnen ja auch bestätigt, dass man motiviertere Mitarbeiter kaum finden kann.

Davon profitiert dann im Einzelfall nicht nur der Mitarbeiter, sondern das ganze Unternehmen.

Natürlich ist Behinderung nicht gleich Behinderung.

Es wird in Zukunft immer erforderlich sein, von Einzelfall zu Einzelfall zu entscheiden, ob ein Kind inklusiv mitgenommen werden kann, oder aber aus verschiedenen Gründen eine Förderschule besuchen sollte.

Die Förderschulen können und sollen durch das Inklusionsprogramm nicht verschwinden.

Aber Sie werden möglicherweise weniger werden.

~~Wie viele auf Kreisebene übrig bleiben, das werden wir in der kommenden Woche mit den Schulträgern und den Vertretern der Kommunen überlegen.~~

Ob ein Kind im Einzelfall inklusiv beschult werden kann und sollte, muss von den Eltern nach einer fachlichen Beratung durch pädagogisches Personal entschieden werden.

Ich würde mich freuen, wenn ich in der nächsten Zeit ähnliche Erfolge wie hier im beruflichen Bereich bei der Fa. EuLOG, auch im schulischen Bereich bei der ein- oder anderen Regelschule im Kreis bestaunen könnte.

Meine Damen und Herren,

neben den erwähnten Menschen mit Behinderungen ist es auch dringend erforderlich, die alten Menschen in unserem Kreis und in unserer alternden Gesellschaft mehr, stärker und teilweise anders als bisher einzubeziehen.

Nach aktuellen statistischen Erhebungen sind derzeit ca. 20 Prozent der Bevölkerung im Kreis Euskirchen 65 Jahre und älter.

Im Jahr 2030 wird der Prozentsatz der über 65 jährigen schon bei 30 Prozent liegen.

Über die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Rentensysteme brauche ich nicht zu referieren.

Ich denke, Sie alle sind ausreichend darüber durch die Medien informiert.

Wir als ländliche Region, und die Seniorinnen und Senioren selbst sind von der demografischen Entwicklung besonders betroffen.

Hat es ein Senior oder eine Seniorin in einer Großstadt noch vergleichsweise leicht, sich zu versorgen, wird dies in ländlichen Regionen umso schwieriger.

Hier spielt die Infrastruktur, die Mobilität, der ÖPNV und die Grundversorgung eine entscheidende Rolle.

Wir befinden uns aber mit den umliegenden Ballungszentren und den anderen Landkreisen in einem Wettbewerb um die Menschen.

Daher müssen wir, als Kreis Euskirchen uns auch Lösungsmodelle überlegen, wie wir in Zukunft bestehen können.

Bei der Suche nach möglichen Lösungen möchte ich einen besonderen Schwerpunkt setzen auf die Mobilität und die Wohnformen unserer Seniorinnen und Senioren.

Meine Damen und Herren,

es scheint so, als würden wir die oben anhand der nackten Zahlen beschriebenen Realitäten nicht anerkennen wollen.

Wir leben in einer alternden Gesellschaft.

Die Anzahl junger oder als jung oder jugendlich zu bezeichnender Menschen schrumpft kontinuierlich.

Aber dennoch setzt die Werbung und setzen wir als Konsumenten immer mehr auf Jugend.

Dynamik bis ins hohe Alter, Effektivität und Leistung, Vergnügen und rascher Konsum, schneller Erfolg, das totale Glück, Abenteuer, Freiheit, Fun und Erlebnis pur, flüchtiger Sex - das sind die Merkmale einer kurzlebigen Gesellschaft - der Erlebnisgesellschaft, die diese im Leitbild "Jugendlichkeit" postuliert.

Die Anti-Faltencremes und der Fitness- und Gesundheitswahn einer Gesellschaft "Anti aging" suggerieren ewige Jugend - die Probleme der Seniorinnen und Senioren bleiben.

Zu lange wurde unter dem Deckmantel des Jugendwahns verkannt, dass die Alterung der Gesellschaft dramatische Formen annimmt, die dringender Lösungsansätze bedürfen.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch.

Ich freue mich über rüstige und agile Senioren, die sich fit halten und ihren Lebensabend genießen.

Die Möglichkeiten hierzu sind heutzutage unbegrenzt und das ist eine gute Entwicklung.

Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir Lösungen für gravierende Probleme finden müssen, die da heißen:

Drastisch steigende Zahl von an Demenz erkrankten Menschen, steigende Anzahl pflegebedürftiger Menschen, die die Pflegeversicherung in Anspruch nehmen werden, Altersarmut durch niedriges Rentenniveau etc. pp.

In nicht wenigen Fällen wird es auch so sein, dass die Faktoren zusammen kommen werden:

So könnte ein an Demenz erkrankter 80 jähriger, der alleine lebt, 40 Jahre in die Rentenversicherung einbezahlt hat, aber aufgrund seines geringen Einkommens nur

geringe Rentenansprüche hat, pflegebedürftig - und damit in erheblicher Weise abhängig von Sozialleistungen werden.

Früher wurde dieser Mensch noch in einem funktionierenden Renten- und Pflegeversicherungssystem von der Allgemeinheit problemlos aufgefangen.

Noch früher wurde dieser Mann von seiner Ehefrau, seinen Kindern oder Schwiegerkindern oder seinen Enkelkindern nach Hause geholt, und dort versorgt.

Nun ist es aber so, dass das Modell Großfamilie nicht mehr realistisch ist.

Wenn denn Kinder vorhanden sind, wohnen diese nicht selten weit von den Eltern entfernt und sind nicht in der Lage unterstützend zu wirken.

Neben den dringenden materiellen Fragen nach Pflege und Versorgung leidet der Mensch unter Umständen auch unter Vereinsamung.

Es bleibt als Ausweg, dass der Mann in eine stationäre Wohnform wechseln muss.

Die ungeheure Anzahl an Sozialleistungen können aber schlichtweg von der kleinen Schar an Beitragszahlern nicht mehr aufgefangen werden.

Meine Damen und Herren,

ich habe auch hierfür kein Patentrezept.

Ein Fachmann aus meinem Haus, der sich seit Jahren mit der Thematik befasst sagte mir, dass ein inklusiver Ansatz auch bei der Versorgung unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger hilfreich sein könnte.

Anstatt die herkömmlichen Pflegeheime zu fördern, die häufig nicht gerne in Anspruch genommen werden und deren Betrieb teuer ~~und die Behandlung dort teilweise nicht besonders gut~~ ist, könnte man über neue Wohnformen nachdenken.

So ist es beispielsweise denkbar, dass sich mehrere Senioren zusammenschließen bevor sie pflegebedürftig sind.

Wie in einer 68er Kommune oder einer Studenten WG leben diese Menschen zunächst miteinander und versorgen sich gegenseitig.

Denn vergessen wir nicht: wer 1970 zwanzig Jahre alt war ist 2020 siebzig Jahre alt - die "neuen Alten" haben häufig Lebenserfahrungen im Zusammenleben, auf denen sie aufbauen können.

In einem dreistöckigen Haus wohnt diese 4 er WG im zweiten Stock .

Im ersten Stock leben auch vier Personen, die jedoch nicht mehr ganz so mobil sind aus den verschiedensten Gründen.

Eine Halbtagskraft kommt jeden Mittag um nach dem Rechten zu sehen und zu erledigen, was die Herrschaften nicht mehr selbst machen können.

Zum Beispiel Einkäufe, kleinere Dienste, Kochen etc.

Im Erdgeschoss schließlich leben 4 Personen, die rundum der Pflege bedürfen.

Ihnen steht 24 Stunden Pflegepersonal zur Seite, der sich um sie kümmert.

Je nach dem Gesundheitsgrad ist es also für einen Bewohner möglich, in seinem gewohnten Umfeld vom zweiten Stock ins Erdgeschoss zu ziehen und die verschiedenen Pflegestufen zu durchlaufen.

Wenn diese Bewohner ihre Pflegeleistungen zusammenlegen bin ich mir ganz sicher, dass sie einen großen Teil der Kosten für die Pflege aufbringen können.

~~Wenn die Pflegeversicherungen noch ihren Teil dazu leisten werden mit Sicherheit die kommunalen Kassen erheblich entlastet.~~

Und:

Durch gezielte Werbung für solche WGs könnte die Kaufkraft in den Kommunen anwachsen und so die Kommunen profitieren.

Gerade die ruhige und beschauliche Eifel könnte mit solchen Einrichtungen Menschen aus der Großstadt werben, die ihren Lebensabend lieber im Grünen bei frischer Luft als in der hektischen Stadt verbringen wollen.

Aber nicht allein für die kommunalen Haushalte und die Belebung der Städte und Dörfer ließe sich ein positiver Effekt feststellen.

Denkt man an den einsamen 80 jährigen, der niemanden mehr hat, der sich um ihn kümmert, könnte sich dieses (oder ein ähnliches Modell) auch auf die Psyche und die Lebenslust der älteren Generation positiv auswirken.

Man kann dieses Modell auch geringfügig abwandeln.

Zum Beispiel könnte man mehrere miteinander verwandte Menschen in einem solchen Haus wohnen lassen.

Man könnte auch bei dem Pflegepersonal Familienangehörige einbinden.

Der inklusive Ansatz besteht in dem beschriebenen Modell darin, dass die Menschen nicht von den Angehörigen in ein Heim gesteckt werden (um es überspitzt zu formulieren), sondern selbst mitbestimmen können, in welches Haus und mit wem sie dort die WG eingehen wollen.

Die Menschen können sich selbst, so weit es geht, einbringen und selbständig ihren Tagesablauf organisieren.

Sie sehen, meine Damen und Herren,

allein auf diesem weiten Feld der Inklusion von älteren Menschen sind unzählige Handlungsmöglichkeiten gegeben.

Es erfordert natürlich Weitsicht und Mut, solche Projekte anzugehen.

Aber die Zeit drängt!

Seien wir kreativ!

Damit meine ich vor allem uns als Verwaltungen und als Politik!

Aber auch Sie, als Bürgerinnen und Bürger dieses Kreises sind gefordert.

Hoherfreut habe ich Anfang Dezember im Kölner Stadt Anzeiger über das Euskirchener Mehrgenerationenhaus "Haus Ziel" gelesen.

Dieses Gemeinschaftsprojekt mehrerer Bürgerinnen und Bürger unserer Kreisstadt ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie man auch als Privater einen Teil zur Inklusion Älterer beitragen kann.

Meine Damen und Herren,

die Mobilität und der ÖPNV spielen in einem Flächenkreis per se eine gewichtige Rolle, die teilweise nicht einfach zu handhaben ist.

In einem Flächenkreis mit alternder Bevölkerung sind wir als Verwaltung aber umso mehr gefordert, uns Gedanken zu machen.

Ich erinnere mich noch gut an den Tag der offenen Tür, als ich einen Alterssimulationsanzug angezogen habe um nachzufühlen, wie man sich mit 80 Jahren bewegt.

Ich konnte so nachempfinden, wie beschwerlich der Alltag für unsere Seniorinnen und Senioren ist, gerade wenn es darum geht, sich fortzubewegen.

Auch aus diesem Grund bin ich mir bewusst, dass die Bedeutung des eigenen PKWs, zumal im ländlich geprägten Südkreis, auch für die Seniorinnen und Senioren nicht abnehmen wird.

Als Kreis mit einem integrierten Klimaschutzkonzept sollten wir aber versuchen, darauf hinzuwirken, dass das Angebot an ÖPNV auch und gerade für unsere Senioren stetig verbessert wird.

Im Rahmen eines Förderprojektes der Eugen Otto Butz Stiftung hat der Kreis Euskirchen zusammen mit dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) bereits in 2010 ein Mobilitätsmanagement für Senioren für den Kreis Euskirchen erarbeitet.

Verschiedene Einzelprojekte wurden dabei erprobt.

Unter anderem machte man die Seniorinnen und Senioren der einzelnen Kommunen durch eine Infobroschüre darauf aufmerksam, welche Formen von ÖPNV (z.B. AST, Taxibus, Regionalbus, Züge) in der jeweiligen Kommune vorhanden sind, wie man an Tickets gelangt und an wen man sich bei Fragen wenden kann.

In Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen, der Polizei und dem VRS bot der Kreis Euskirchen ein spezielles Fahrtraining für Senioren an, das seitdem regelmäßig angeboten wird.

Ziel war es, die ÖPNV-Nutzung älterer Menschen sowohl durch Information und Beratung zum bestehenden Angebot, als auch durch gezielte praktische Trainings zu steigern.

Auf diese Weise sollte die sichere und eigenständige Mobilität dieser Personengruppe gefördert bzw. erhalten werden.

Nicht nur die Gruppe der Senioren wird im Rahmen der ÖPNV-Planung berücksichtigt, auch das Thema Inklusion spielt aktuell im Rahmen der Nahverkehrsplanung eine große Rolle.

So wurde zwischen dem Kreis Euskirchen und den Nordeifelwerkstätten eine Zielvereinbarung geschlossen.

Ziel ist es die eigenständige Mobilität der Mitarbeiter der NEW zu fördern, indem die Nutzung des ÖPNV für die Mitarbeiter ermöglicht wird.

Hierbei soll die Anbindung der Werkstätten durch den ÖPNV geprüft werden.

Es gilt aber auch gegenseitige Synergien zu nutzen, um die kommunalen Haushalte nicht zu strapazieren.

Die Zielvereinbarung wurde bis Ende 2014 geschlossen. Die Prüfungen werden im Verlauf dieses Jahres bearbeitet.

Meine Damen und Herren,

wir sind auch ein fahrradfreundlicher Kreis.

Unter Federführung des Kreises haben wir gemeinsam mit dem KSB im vergangenen Jahr auch Schulungen zum Gebrauch der Pedelecs für die Gruppe der Senioren durchgeführt.

Diese neuartigen Räder mit unterstützendem Elektromotor sind ideal für die ältere Generation und besonders im hügeligen Gelände sehr praktisch.

Bei einer Einweisungsveranstaltung lernten die Senioren wie die Räder zu handhaben sind und auf einer geführten Tour konnten sich die Teilnehmer von den Vorteilen überzeugen.

Für alle unterstützenden Maßnahmen in Puncto Mobilität ist aber entscheidend, herauszufinden was die Gewohnheiten der Bürger sind.

Es stellt sich die Frage danach, welche Wege die Bürger unseres Kreises mit dem Auto, dem Bus, dem Fahrrad oder zu Fuß zurücklegen?

Wie weit sind die Wege?

Wie viele Wege beschränken sich auf den Kreis Euskirchen, welche gehen darüber hinaus?

Um eine verlässliche Datengrundlage zu erhalten, ist der Kreis Euskirchen auf die Mitarbeit aller Bürger angewiesen.

Aus diesem Grund hat der Kreis im September und Oktober 2012 an zufällig ausgewählte Personen im Kreisgebiet Fragebögen zum Mobilitätsverhalten verschickt.

Mittlerweile ist der Rücklauf komplett und die Informationen werden ausgewertet.

Mit einem Ergebnis ist im März zu rechnen.

Die Daten werden dann die Grundlage für die Fortschreibung des Nahverkehrsplans und der Integrierten Gesamtverkehrsplanung bilden.

Mit diesen Plänen werden die verkehrliche Situation und das Angebot für den ÖPNV für die nächsten Jahre geplant und festgeschrieben.

Wir hoffen, dass wir aufgrund der Ergebnisse weitere Maßnahmen einleiten können, die generell die Mobilität im Kreisgebiet verbessern kann.

Meine Damen und Herren,

man könnte noch stundenlang über den demografischen Wandel, die Vorteile und Schwierigkeiten der Integration und der Inklusion sprechen.

Ich hoffe, dass ich einige Anregungen zu diesen aktuellen Themen geben konnte.

Wir werden nicht nur in diesem Jahr, sondern generell in Zukunft versuchen, weiter darauf hinzuwirken, dass Ausländer integriert werden, Menschen mit Behinderungen ein möglichst normales Leben führen und sich Perspektiven für unsere Seniorinnen und Senioren ergeben.

Ich appelliere aber gleichzeitig an alle hier Anwesenden, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten den Kreis in seinen Bemühungen zu unterstützen.

Die NEW mit der Fa. EULog, aber auch das Haus ZIEL in Euskirchen in dieser Richtung mit gutem Beispiel vorangegangen.

Ich bin mir sicher, dass es auch zahlreiche andere Akteure im privaten Bereich gibt, die sich in ähnlicher Weise engagieren.

Ohne Ihre Mitarbeit und ohne Ihre weitgehende Akzeptanz, Geduld und Toleranz können wir auch nicht viel ausrichten.

In diesem Sinne freue ich mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen im kommenden Jahr.

Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes und glückliches Jahr 2013 und uns noch ein paar gemütliche und interessante Stunden in der Fa. EuLog.